

Niederschrift
der 02. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 01.03.2017
Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:30 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund Heilgeiststraße 63, Beratungsraum 103

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Susanne Lewing

stellv. Vorsitzende/r

Frau Kerstin Chill

Frau Brigitte Kraska-Röll

Mitglieder

Herr Rüdiger Kuhn

Herr Mathias Miseler

Herr Friedrich Smyra

Vertreter

Frau Martina Fränk

Herr André Meißner

Herr Tino Rietesel

Protokollführer

Frau Marianne Ehrke

von der Verwaltung

Herr Tilo Troyke

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 11.01.2017
- 3 Beratung zu aktuellen Themen
- 3.1 Informationen des Rechnungsprüfungsamtes zu aktuellen Tätigkeiten und Auswertung wesentlicher Prüfungsergebnisse
- 4 Verschiedenes
- 7 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende Frau Lewing geleitet.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Lewing beantragt, unter TOP 6 die begleitende Prüfung des Jahresabschlusses 2011 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu beraten.

Die Tagesordnung wird mit der Ergänzung einstimmig angenommen.

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 11.01.2017

Die Niederschrift der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 11.01.2017 wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Beratung zu aktuellen Themen

zu 3.1 Informationen des Rechnungsprüfungsamtes zu aktuellen Tätigkeiten und Auswertung wesentlicher Prüfungsergebnisse

Frau Lewing bittet Herrn Troyke um Ausführungen.

Herr Troyke gibt zur Kenntnis, dass das Rechnungsprüfungsamt am 29./30.11.2016 die jährlich pflichtige Prüfung der Stadtkasse durchgeführt und in deren Ergebnis Prüfungsbeanstandungen erhoben bzw. Hinweise erteilt hat. Diese unterscheiden sich unwesentlich von den im Rahmen vorhergehender Prüfungen erhobenen Feststellungen.

Hervorzuheben sind dennoch die festgestellten Schwierigkeiten im Zahlungsvollzug, vorrangig hervorgerufen durch den oftmals zu langen innerdienstlichen Post-/Dienstweg. Herr Troyke betont, dass es im Jahr 2014 mit dem „Gesetz zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs im Geschäftsverkehr“ zu neuen Regelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch kam. Mit der gesetzlichen Fixierung der europäischen Zahlungsverzugsrichtlinie dürfen sich zum Gläubigerschutz öffentliche Stellen Zahlungsfristen von mehr als 30 Tagen nur noch einräumen lassen, wenn diese ausdrücklich vereinbart wurden und sachlich gerechtfertigt sind. Zugleich erhöhte der Gesetzgeber den gesetzlichen Verzugszins und führte eine Verzugs pauschale i. H. v. 40,00 EUR ein, die ohne Mahnung sofort fällig wird.

Um diese Änderungen im Geschäfts- und Zahlungsverkehr in der Hansestadt Stralsund umzusetzen, empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt dringend den diesbezüglichen Hinweis im Rahmen einer innerdienstlichen Mitteilung und die Berücksichtigung in der zu überarbeitenden Dienstanweisung für die Stadtkasse.

Des Weiteren informiert Herr Troyke über abgeschlossene Prüfungen von Verwendungsnachweisen.

Die Prüfungen zum 1. und 2. Bauabschnitt der Schulhofsanierung Montessori-Grundschule wurden ohne Prüfungsbeanstandungen abgeschlossen.

Zu den Prüfungen im Bereich Feuerwehr bittet Herr Troyke Frau Ehrke um Ausführungen. Frau Ehrke informiert, dass die Verwendungsnachweise zu den beiden Zuwendungen des Feuerschutzes Ostsee 2012 und 2015 wesentliche Prüfungsfeststellungen ergaben. So wurde z. B. für das Jahr 2012 in drei Fällen kein Skonto gezogen und für 2015 wurden die Personalaufwendungen fehlerhaft ermittelt. Für beide v. g. Jahre mussten vergaberechtliche Beanstandungen erhoben werden, da der Wertgrenzenerlass § 3 Absätze 5 und 6 VOL/A keine Beachtung fand. Zudem wurde in beiden Fällen der mit Bewilligungsbescheid festgeschriebene Abrechnungstermin für die Zuwendungen wesentlich überschritten.

Weiter gibt Herr Troyke zur Kenntnis, dass für die Erstellung des Jahresabschlusses 2011 am 20.02.2017 vom Kämmereiamt ein aktualisierter Zeit- und Ablaufplan vorgewiesen wurde. Die darin aufgeführten Termine zur Vorlage von Abschlussunterlagen im Rechnungsprüfungsamt in den Monaten Januar und Februar 2017 wurden nur teilweise eingehalten. Dem Rechnungsprüfungsamt liegen bisher Unterlagen zu „Rückstellungen“ sowie „Bauten auf fremdem Grund und Boden“ vor. Die Rückstellungen für Personalaufwendungen wurden per 03.03.2017 zu ca. 70 % abschließend geprüft, wobei Prüfungsfeststellungen zu tlw. mehrfachen Korrekturen der Bilanzwerte geführt haben.

Nach der Planung des Kämmereiamtes soll der Jahresabschluss 2011 komplett bis zum 30.09.2017 erarbeitet und zur Prüfung vorgewiesen werden.

Die Verteilung des Prüfplanes des Rechnungsprüfungsamtes 2017 an die Ausschussmitglieder erfolgt im Rahmen der Sitzung.

In seinen Erläuterungen zum Prüfplan betont Herr Troyke die Priorität des Jahresabschlusses 2011 bei der Prüfungsplanung 2017. Er gibt aber zu bedenken, dass das Rechnungsprüfungsamt ausschließlich abhängig ist vom Zeitpunkt der Vorlage der entsprechenden Unterlagen und der Reaktion auf ggf. festgestellte Prüfungsbeanstandungen durch die Verwaltung. Des Weiteren informiert Herr Troyke, dass die bereits vorgewiesenen Unterlagen von der Verwaltung in einer guten Qualität erstellt und nach Prüfungsbeanstandungen größtenteils relativ zeitnah überarbeitet wurden und zur Wiedervorlage gelangten.

Frau Lewing bedankt sich bei Herrn Troyke für die Informationen.

zu 4 Verschiedenes

Es besteht kein Beratungsbedarf.

zu 7 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Frau Lewing stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her. Sie bedankt sich bei allen Anwesenden für die Mitarbeit und beendet die Sitzung.

gez. Susanne Lewing
Ausschussvorsitzende

gez. Marianne Ehrke
Protokollführung